

Universitäts- und Hansestadt Greifswald

11.12.2017

Niederschrift des öffentlichen Teiles der 24. Sitzung

der Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald vom Montag, 11. Dezember 2017

Beginn: 18:02 Uhr
Ende: 21:44 Uhr
Ort: Bürgerschaftssaal des Rathauses

Anwesenheit

Herr Ibrahim Al Najjar
Frau Ulrike Berger
Herr Dr. Ullrich Bittner
Herr André Bleckmann
Herr Ulf Burmeister
Frau Rita Duschek
Herr Rudi Duschek
Frau Yvonne Görs
Herr Professor Dr. Frank Hardtke
Frau Marion Heinrich
Herr Axel Hochschild
Herr Heiko Jaap
Herr Lutz Jesse
Herr Wolfgang Jochens
Herr Dr. Andreas Kerath
Herr Jörg König
Herr Nikolaus Kramer
Herr Alexander Krüger
Herr Christian Kruse
Herr Thomas Lange
Herr Jürgen Liedtke
Herr Egbert Liskow
Frau Karola Lüptow
Herr Peter Madjarov
Herr Dr. Thomas Meyer
Herr Peter Multhauf
Herr Thomas Mundt
Herr Christoph Oberst
Herr Dr. Sascha Ott
Herr Milos Rodatos
Herr Dr. Ulrich Rose
Frau Dr. Mignon Schwenke
Frau Birgit Socher
Herr Ludwig Spring
Herr Dr. Rainer Steffens
Herr Erik von Malottki
Frau Brigitte Witt
Frau Dr. Monique Wölk
Frau Katja Wolter
Herr Ingo Ziola

Entschuldigt

Herr Frank Embach
Herr Dr. Jörn Kasbohm
Herr Professor Dr. Thomas Treig

Tagesordnung

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellen der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung von Änderungsbedarf zur Tagesordnung
3. Bestätigung der Niederschrift vom 06.11.2017
4. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner
5. Aktuelle Stunde der CDU-Fraktion zum Thema: "Sport in Greifswald"
6. Beschlusskontrolle
7. Widerspruch des Oberbürgermeisters gegen den Beschluss B642-23/17 "Zuschuss für Kleingartenverband"
- 7.1. Zuschuss für Kleingartenverband
SPD-Fraktion, CDU-Fraktion
8. Beratung der Beschlussvorlagen
- 8.1. Besetzungen
- 8.1.1. Umbesetzung Ortsteilvertretung Schönwalde I/Südstadt
CDU-Fraktion
- 8.1.2. Besetzung Stellvertreter Ausschuss für Bau, Umwelt und Infrastruktur
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Forum 17.4
- 8.2. Rückholung HA-Beschluss „Bauvoranfrage – Neubau einer Hotelanlage im A 9 – Quartier am Hansering“ - HA-263/17 – vom 27.11.2017
Peter Multhauf – weitere BS-Mitglieder bzw. Fraktionen angestrebt
- 8.3. Annahme einer Spende für die Kindertagesstätte „Rudolf Petershagen“
Dez. I, Eigenbetrieb Hanse-Kinder
- 8.4. Platzkosten / Elternbeiträge 2018 - Abschluss von Vereinbarungen über Leistungs-, Entgelt- und Qualitätsentwicklung gem. § 16 KiföG M-V
Dez. I, Eigenbetrieb Hanse-Kinder
- 8.5. Jahresabschluss 2016 des Eigenbetriebes Seesportzentrum Greif
Dez. I, Seesportzentrum Greif
- 8.6. Wirtschaftsplan 2018 des Eigenbetriebes Seeportzentrum Greif
Dez. I, Seesportzentrum Greif
- 8.7. Wirtschaftsplan 2018 des Abwasserwerkes Greifswald – Eigenbetrieb der Universitäts- und Hansestadt Greifswald
Dez. I, Eigenbetrieb Abwasserwerk Greifswald
- 8.8. 7. Änderungssatzung zur Benutzungs- und Gebührensatzung Musikschule
Dez. I, Amt 41
- 8.9. Leistungen des Kultur- und Sozialpasses - Abschluss von weiteren Vereinbarungen zum Ausgleich von Mindereinnahmen der Leistungserbringer
Dez. I, Amt 41
- 8.10. 24. Änderung des Flächennutzungsplans der Universitäts- und Hansestadt Greifswald, Feststellungsbeschluss
(Bereich des Bebauungsplans Nr. 109 – Fachmarktzentrum Anklamer Landstraße -)
Dez. II, Amt 60

- 8.11. 13. Änderungssatzung zur Straßenreinigungsgebührensatzung B1029-51/99 vom 09.03.1999 für die Jahre 2018 bis 2020 (Straßenreinigungsgebührensatzung 2018 bis 2020)
Dez. II, Amt 66
- 8.12. Förderung des Schönwalder Begegnungszentrum „Schwalbe“
SPD-Fraktion
- 8.13. Parkplätze in der Innenstadt
CDU-Fraktion
9. Mitteilungen des Oberbürgermeisters über Beschlüsse des Hauptausschusses und wichtige Angelegenheiten der Stadt
10. Vorschläge, Anregungen und Fragen der Mitglieder der Bürgerschaft
11. Mitteilungen der Präsidentin
12. Schluss der Sitzung

TOP 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellen der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit

Die Präsidentin der Bürgerschaft

- . eröffnet die Sitzung.
 - . stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest.
 - . fragt, ob sich jemand gegen die Bild- und Tonaufnahmen der anwesenden Presse ausspreche.
- Das ist nicht der Fall.

TOP 2. Feststellung von Änderungsbedarf zur Tagesordnung

Die Präsidentin der Bürgerschaft

- . ruft den Tagesordnungspunkt auf.
- . informiert über Änderungsanträge zu TOP 8.2 und TOP 8.9.

Herr Dr. Meyer

- . beantragt, den TOP 8.2 „Rückholung HA-Beschluss „Bauvoranfrage – Neubau einer Hotelanlage im A 9 – Quartier am Hansering“ - HA-263/17 – vom 27.11.2017“ von der Tagesordnung zu streichen.
- . begründet den Antrag damit, dass dieser gemäß Geschäftsordnung der Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald nicht fristgerecht eingegangen sei. Außerdem sei diese Vorlage gemäß Hauptsatzung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald bereits in der Sitzung des Hauptausschusses am 27.11.2017 beschlossen worden.

Herr Multhauf

- . informiert, dass diese Beschlussvorlage bereits vor genau 14 Tagen in der Sitzung des Hauptausschusses angekündigt worden sei.
- . sieht die Notwendigkeit der Behandlung in der Sitzung der Bürgerschaft im großen öffentlichen Interesse an diesem Projekt. Man könne nicht erwarten, dass die Bürger zu einer Sitzung des Hauptausschusses kommen.
- . sieht die Gefahr, dass eine betroffene Person gegen dieses Vorhaben klagen werde.

Herr Dr. Meyer

- . fragt die Verwaltung, ob diese die Bauvoranfrage verweigern könne, auch wenn die Bürgerschaft über den Beschluss anders entscheiden würde als der Hauptausschuss es getan habe.

Frau Schlegel

. geht davon aus, dass eine Prüfung durch das Stadtbauamt erfolgt sei und dementsprechend auch die ursprüngliche Vorlage erarbeitet worden sei. Man gehe demnach davon aus, dass der Anspruch gegeben sei.

Frau Socher

. macht noch einmal darauf aufmerksam, dass für das Streichen eines TOPs von der Tagesordnung die einfache Mehrheit benötigt werde.

. lässt über das Streichen der Beschlussvorlage von der Tagesordnung abstimmen:

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
19	18	3

Herr Multhauf

. beantragt, dass TOP 8.13 „Parkplätze in der Innenstadt“ nach TOP 8.2 behandelt werde.

Frau Socher lässt über die geänderte Tagesordnung abstimmen:

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
mehrheitlich	1	2

TOP 3.**Bestätigung der Niederschrift vom 06.11.2017**

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Herr Dr. Rose

. geht auf seine Anfrage aus der letzten Sitzung (Protokoll, Seite 30) ein und fragt, ob es bereits eine Antwort darauf gebe, im Rahmen der Umbaumaßnahmen in der Anklamer Straße den Radweg anders zu markieren.

Frau von Busse

. antwortet, dass in der Hinsicht keine Änderungen vorgenommen worden seien. Der Radweg liege nicht in dem von Umbaumaßnahmen betroffenen Bereich. Die Arbeiten seien von den Greifswalder Stadtwerken ausgeführt worden, bei denen die Stadt nicht weiter beteiligt gewesen sei.

Herr Multhauf

. bezieht sich auf den Ordnungsruf auf Seite 15 des Protokolls.

. beantragt, dass der Satz in

„Frau Socher

. ruft einen Ordnungsruf gegen Herrn Multhauf aus.“

geändert werde.

Die dort gewählte Aussage sei nicht eindeutig.

. begründet diesen Antrag und fasst die damalige Situation zusammen.

Frau Socher lässt über den Änderungsantrag von Herrn Multhauf abstimmen:

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
mehrheitlich	0	einige

Frau Socher lässt über die geänderte Niederschrift abstimmen:

Ergebnis:

Ja-Stimmen mehrheitlich	Nein-Stimmen 0	Enthaltungen 4

TOP 4. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Herr Fimmel (Einwohner der Universitäts- und Hansestadt Greifswald)

. geht auf den Campus der Universität am Lohmeyer-Platz (Friedrich-Loeffler-Straße) ein.
 . sagt, dass die Verkehrssicherheit durch die Neubauten nicht mehr gegeben sei und bittet, diese wiederherzustellen.

Herr Wixforth

. antwortet, dass der Stadtverwaltung dieses Problem bereits bekannt sei. Auch die Universitätsleitung habe auf diese Situation aufmerksam gemacht. Zwischenzeitlich seien Berliner Kissen zur Verkehrsberuhigung installiert worden. Jedoch mussten diese zurückgebaut werden, da sich ein Anwohner durch diese gestört gefühlt habe.
 Es sei eine neue dynamische Geschwindigkeitsbegrenzung vorgesehen. Jedoch müsse dies bis zum neuen Jahr warten, da es sich um eine Baumaßnahme handle, die im Winter nicht vorgenommen werden könne.
 . stellt jedoch klar, dass es an dieser Stelle keine ernstzunehmende Verkehrsgefährdung gebe.

Frau Nikrant (Einwohner der Universitäts- und Hansestadt Greifswald)

. geht auf das Thema Nord Stream 2 und auf die Kompensationsmaßnahmen der Kläranlage ein.
 Für sie sei die planrechtliche Begründung nicht korrekt und nachvollziehbar. Es handle sich mit mindestens 50 Jahren Laufzeit nicht nur um eine Brückentechnologie.

Frau Socher

. unterbricht den Redebeitrag und merkt an, dass es sich hierbei um eine nichtöffentliche Angelegenheit handle.

Die Verwaltungsspitze

. antwortet, dass Anregungen zu Themen gegeben werden dürfen.

Frau Nikrant

. fährt fort, dass durch die Legung von Gasleitungen langfristige Abhängigkeiten geschaffen werden würden.
 Ein ausgereiftes Kompensationskonzept sei demnach das Mindeste, was vorliegen müsse.
 . hatte Einblick in die Konkretisierungsunterlagen von Nord Stream 2 und damit auch in die Unterlagen zur Kläranlage von Greifswald/Ladebow.
 In den Unterlagen werde beschrieben, dass im Ergebnis der genutzten Machbarkeitsstudie – auf Greifswald/Ladebow bezogen – die Überwachungswerte für Stickstoff relativ weit ausgeschöpft seien und hinsichtlich der Nitrifikation nur noch geringe Reserven vorhanden seien.
 . betont, dass die überobligatorischen Maßnahmen bereits rechtlich verpflichtend durchgeführt werden müssen.
 , merkt weiterhin an, dass keine Auslegung der Unterlagen in der ersten Beteiligungsphase im Amtsbereich Greifswald stattgefunden habe.
 Außerdem übernehme Nord Stream keine Gewährleistung für die Anlagen. Somit verbleibe das Risiko beim Abwasserwerk Greifswald bzw. bei den Bürgern.
 Das Abwasserwerk Greifswald sei an der Koordinierung, der Planung und des Baus beteiligt, erhalte dafür jedoch keine Vergütung.

Nord Stream trage die laufenden Betriebskosten für 15 Jahre. Die Gasleitungen seien jedoch für 50 Jahre geplant.

. fragt sich, wer die Betriebskosten nach 15 Jahren übernehme.

Herr Wettstein (Einwohner der Universitäts- und Hansestadt Greifswald)

. geht auf die Entwicklung des Parkraumes in Greifswald ein.

. merkt an, dass der Parkraum für die Bürger künstlich verknappt werde. Die Menschen, die in Greifswald leben, haben ein Auto, weil sie dies beispielsweise für die Arbeit benötigen, welche sie nicht mit öffentlichen Verkehrsmitteln erreichen können. Andere Menschen wohnen auf dem Land. Durch die künstliche Verknappung der Parkplätze werde nun den Greifswalder Bürgern und deren Besuchern das Leben unnötig erschwert.

Zwei Schüler aus der 6. Klasse der Caspar-David-Friedrich-Schule

. berichten, dass sie in Vorbereitung eines Projektes die heutige Sitzung der Bürgerschaft besuchen. Im Rahmen dieses Projektes hätten die Schüler drei Parteien gegründet und würden am 20.12.2017 über verschiedene Themen im Bürgerschaftssaal diskutieren wollen.

. geben eigene Anregungen an die Bürgerschaft:

1. Tablets für Schulen, da die Schulmappen immer schwerer werden und dies zu Problemen mit dem Rücken führen könne. Außerdem seien variable Unterrichtsmittel ansprechender.
2. regelmäßige Fahrzeiten der Busse über Land. Es gebe oft lange Wartezeiten für die Schüler – oft ohne Unterstellmöglichkeit.
3. mehr Freizeitangebote in den Ferien in Greifswald. Beispielsweise wünschen sich viele Kinder einen Bikepark oder einen Bolzplatz zum Fußball spielen.
4. kostenloses Mittagessen in den Schulen, damit alle Kinder an der Mittagungsver-sorgung teilnehmen können.

Herr Liedtke

. geht auf den Redebeitrag zu Nord Stream ein.

. kritisiert, dass im Vorfeld alle Möglichkeiten ausgeschlossen werden.

Frau Socher

. erteilt Herrn Liedtke einen Ordnungsruf. Zum einen habe jeder das Recht, das zu sagen, was er möchte und außerdem sei dies der TOP „Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner“.

TOP 5. Aktuelle Stunde der CDU-Fraktion zum Thema: "Sport in Greifswald"

Die Präsidentin der Bürgerschaft

. ruft den Tagesordnungspunkt auf.

. weist noch einmal auf die Festlegungen der Geschäftsordnung der Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald bezüglich der Aktuellen Stunde hin.

Herr Hochschild

. führt in das Thema der Aktuellen Stunde ein.

Die CDU-Fraktion sei der Meinung, dass der Stellenwert der Greifswalder Sportvereine ein wenig angehoben werden könnte.

Es habe Gespräche mit Vereinen gegeben, in denen über die aktuellen Probleme in Greifswald diskutiert worden sei.

. hat sich selbst ein Bild vom Fußballplatz des FSV Blau-Weiß Greifswald e.V. gemacht und in dieser Woche besuche er noch den Verein der Boxer in der Kollwitz-Schule.

Im Landkreis seien 40.000 Menschen in über 360 Sportvereinen aktiv. In der Universitäts- und Hansestadt Greifswald seien ca. 13.000 Menschen in 97 Sportvereinen organisiert. Hier gebe es den größten Organisationsgrad mit 23 Prozent im Vergleich zu den sechs größten Städten in Mecklenburg-Vorpommern. In den Greifswalder Sportvereinen

würden 57 verschiedene Sportarten aktiv betrieben werden.

Im Bereich der Kinder- und Jugendarbeit sei der Vereinssport ein wichtiges Element der Präventions- und Sozialarbeit.

Bei den Gesprächen mit den Vereinen seien folgende Schwerpunkte, die der Stadt Greifswald Probleme bereiten, herausgearbeitet worden:

1. Sanierungsstau
2. Engpässe bei Hallenzeiten
3. Südmole

Sanierungsstau

Die Sportvereine könnten sicher dahingehend unterstützt werden, in dem mit ihnen lange Pachtverträge abgeschlossen werden. Auch sie könnten beim Landessportbund für Investitionen Fördermittel beantragen. Dafür müssten sie jedoch langjährige Pachtverträge (mind. 25 Jahre) nachweisen. Meistens gebe es bei den Sportvereinen jedoch das Problem, dass der Eigenanteil von 10 – 20 Prozent nicht erbracht werden könne.

Engpässe bei den Hallenzeiten

Herr Hochschild geht davon aus, dass sich dies in den nächsten Jahren normalisieren werde. Eine neue Sporthalle sei bereits im Bau. Man müsse jedoch darauf achten, dass die alte Halle der Caspar-David-Friedrich-Schule bestehen bleibe und dem Sport weiterhin zur Verfügung stehe.

Mit dem Beschluss des Haushaltes im Kreistag sei beschlossen worden, dass der Kreis eine neue Sporthalle in der Siemensallee bauen werde, was ebenfalls die Lage in der Stadt entlasten könnte, wenn entsprechende Verträge mit dem Kreis eingegangen werden.

Südmole

Auf der Südmole seien fünf Vereine aktiv. Das Problem sei, dass die Vereine zum Teil keine langfristigen Pachtverträgen erhalten würden, da die Universitäts- und Hansestadt Greifswald das gesamte Gebiet überplanen lasse. Solange die Planung keine genauen Ergebnisse hervorbringe, gestalte es sich schwierig, mit den Vereinen entsprechend lange Pachtverträge abzuschließen.

Die CDU-Fraktion sei der Meinung, dass ein runder Tisch in der Angelegenheit helfen könnte.

Vorschlag der CDU-Fraktion sei es, sich die liegenschaftliche Situation und die Pachtverträge genau anzusehen und dann schnellstmöglich über Verlängerung der Pachtverträge nachzudenken und diese dann auch umzusetzen.

Gemeinsam könne man die Probleme lösen und am Ende dafür sorgen, dass der Sport in Greifswald wieder aufgewertet werde.

. kündigt an, dass sich die CDU-Fraktion – spätestens zur nächsten Kommunalwahl – für einen separaten Sportausschuss in der Universitäts- und Hansestadt Greifswald einsetzen werde.

. beantragt Rederecht für Herrn Petschaelis.

Frau Socher lässt über den Antrag auf Rederecht abstimmen:

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
einstimmig	0	0

Frau Socher weist noch einmal darauf hin, dass es nicht zulässig sei, Reden vorzulesen, sondern hier gelte die freie Rede.

Herr Petschaelis, Vorsitzender des Sportbundes Hansestadt Greifswald e. V.

. stellt eine PowerPoint-Präsentation vor.

(Die Rede und die PowerPoint-Präsentation werden als Anlage dem Protokoll beigefügt)

Der Oberbürgermeister

. stellt aus Sicht der Verwaltung die Situation zur Thematik Sport in der Universitäts- und Hansestadt Greifswald dar.

(Die entsprechende PowerPoint-Präsentation wird als Anlage dem Protokoll beigefügt)

Frau Dr. Schwenke

. sagt, dass großes Interesse daran bestehe, dass es den Sportlern/innen in Greifswald gut gehe und sie gute Bedingungen zur Betreibung ihrer Sportart haben. Ebenso wichtig sei eine gute Zusammenarbeit zwischen dem Sportbund der Stadt, dem Ausschuss für Sport, Soziales und Jugend und der Verwaltung.

. begrüßt, dass die Bürgerschaft sich wieder für eine halbe Stelle beim Stadtsportbund ausgesprochen habe und auch dass die Stadtverwaltung wieder eine halbe entsprechende Stelle dafür eingerichtet habe.

Es sei bereits mehrfach gesagt worden, dass es einen großen Investitionsbedarf bezüglich Sportstätten in der Stadt gebe.

Der Landessportbund unterstütze zwar, jedoch könnten die Sportvereine den Eigenanteil zum großen Teil nicht selbst erbringen.

Die Sportförderrichtlinie müsse dringend angepasst werden.

. ist froh über die neue Sportstättensoftware.

. plädiert dafür, den Ausschuss für Sport, Soziales und Jugend frühzeitig in Planungen einzubeziehen.

Herr Krüger

. kritisiert, dass die CDU-Fraktion nicht bereits früher Anträge oder Vorlagen mit dem Thema Sport eingereicht habe.

. nennt die für ihn wichtigen Schwerpunkte:

1. Sportentwicklungsplanung
Dies sei der Dreh- und Angelpunkt beim Thema Sport.
2. Ausschuss für Sport, Soziales und Jugend
Der eigenständige Sportausschuss sei abgeschafft worden. Der Sport habe aber im bereits bestehenden Ausschuss für Sport, Soziales und Jugend sein Sprachrohr.
3. Hallenkapazitäten
Wenn man in den online gestellten Plan hineinsehe, könne man feststellen, dass noch Hallenzeiten verfügbar seien.
Außerdem seien bereits zwei neue Hallen in Planung (an der Caspar-David-Friedrich-Schule und an der neuen Grundschule). Ebenso werden mehrere Sanierungen stattfinden, wobei man beachten müsse, dass nicht mehrere Sanierungen gleichzeitig durchgeführt werden. Ein wesentlicher Bestandteil der Hallenbelegungen in den Wintermonaten würden die Fußballer ausmachen. Daher sei darüber nachzudenken, ob es sinnvoll sei, eine Kalthalle zu errichten.
4. Kommunale Sportstätten in den Händen der Vereine
Eine Anregung zum nächsten Haushalt sei, dass die zur Verfügung stehenden Fördermittel für kommunale Sportstätten in Vereinshand erhöht werden und dann müsste der Stadtsportbund der Hansestadt Greifswald zusammen mit den Vereinen eine Priorisierung erstellen.
5. Kommunale Sportstätten in städtischer Hand
Die Universitäts- und Hansestadt Greifswald dürfe keine Sporthallen schließen. Ein klares Sanierungs- und Instandhaltungskonzept müsse entworfen werden. Hierbei sollte auch der Ausschuss für Sport, Soziales und Jugend einbezogen werden.
Als nächstes stehe die Sanierung des Sportplatzes am Dubnaring an. Die Frakti-

on BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN-Forum 17.4 habe im letzten Haushalt diesbezüglich Pflegekonzepte eingebracht und Herr Krüger hofft, dass diese auch umgesetzt werden.

6. Sportbund Hansestadt Greifswald e. V.
Hier sei die Zusammenarbeit auch auf Kreisebene sehr wichtig.
7. Sportvereine
Es gebe unzählige Vereine. Herr Krüger hebt den Verein Handball SG Greifswald e. V. hervor. Dieser Verein stelle eine Sportakademie auf die Beine.
8. Südmole
Hier seien Absprachen unbedingt notwendig, um die nächsten Ziele ins Auge zu fassen.
9. Politik
Es sei notwendig, gemeinsam daran zu arbeiten.

Frau Dr. Wölk

. sagt, dass Sport

- die Gesundheit fördere.
- Krankheiten vorbeuge.
- die sozialen Kontakte fördere.
- dafür Sorge, dass Jugendliche früh lernen, selbst Verantwortung zu übernehmen und sich für die Gesellschaft zu engagieren.

All die bereits genannten Probleme könnten nicht gelöst werden, wenn nicht geklärt sei, wo das entsprechende Geld herkomme.

Die SPD-Fraktion habe sich in letzter Zeit verschiedene Sportstätten und deren Probleme angesehen. Daher wäre die Fraktion auch bereit, im nächsten Haushalt entsprechende finanzielle Mittel einzustellen. Jedoch müsse auch geklärt werden, woher die Mittel kämen. Es gebe viele Prestigeprojekte, bei denen genau hinterfragt werden müsse, wo der Nutzen für die Bürgerinnen und Bürger sei. Gerade im Bereich der Bildung und des Sportes müssten und könnten viel mehr Gelder aufgewandt werden.

Weiterhin unterstütze die SPD-Fraktion die Sportförderrichtlinie und die Sportentwicklungsplanung. Hier stelle sich die Frage, welche der Sportstätten sollten tatsächlich in welcher Reihenfolge saniert werden.

Auch bei der Schwimmbadnutzung müsse eine Lösung gefunden werden.

Beim Neubau der Grundschule gebe es die Möglichkeit über die Verlegung des Sportplatzes des Vereins HFC Greifswald 92 e.V. nachzudenken. Hier würde sich die Gelegenheit bieten, eine neue Sportstätte anzulegen.

Herr Dr. Meyer

. fragt, wie viele Einwohner des Landkreises in den Sportvereinen in der Universitäts- und Hansestadt Greifswald aktiv seien. Diese Personen würden durch Greifswald mitgefördert werden, was eine Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen dem Sportbund Hansestadt Greifswald e. V. und dem Kreissportbund erfordere. Nur das könne das Ziel sein, um auch Förderungen vom Kreis zu erhalten.

Herr Petschaelis

. geht auf die Frage von Herrn Dr. Meyer ein.

Es gebe eine Vielzahl an Personen, die aus dem Umland nach Greifswald kämen um Sport zu treiben. Jedoch gebe es ebenfalls eine beachtliche Anzahl an Personen aus dem Umland, die sich ehrenamtlich in Greifswalder Sportvereinen engagieren.

Herr Hochschild

. freut sich, dass alle an einem Strang ziehen wollen und hofft auf eine gute Zusammenarbeit.

Herr Multhauf

- . betont, dass es neben einer Vielzahl an maroden Sportstätten auch ordentliche Sportstätten in Greifswald gebe.
- . schätzt die Arbeit des Vereins HFC Greifswald 92 e.V. und findet auch deren Konzept sehr anerkennenswert.
- . geht auf den Sportlehrentag ein und zitiert eine Ehrung.

Herr von Malottki

- . geht auf den angeblichen Konsens der Fraktionen ein, dass die alte Sporthalle der Caspar-David-Friedrich-Schule erhalten bleibe. Eigentlich sei geplant, diese Halle abzureißen, da ein Anbau zur Schule benötigt werde, um alle Schüler unterzubringen. Wenn man sich nun einig sei, die Halle nicht abzureißen, müsse jedoch ein Weg gefunden werden, um alle Schüler ordentlich zu beschulen.
- Außerdem sei eine grundlegende Frage, wo das Geld herkomme.
- Es müsse geguckt werden, ob die Förderung für Unternehmen, die große Umsätze machen, nicht besser im Sportbereich angelegt sei.
- . ist für eine gute Zusammenarbeit, die sich jedoch auch auf die Umsetzung beziehe.

TOP 6. Beschlusskontrolle

Herr Multhauf

- . fragt nach dem aktuellen Stand der Baderstraße 2.

Frau von Busse

- . erklärt, dass das Modernisierungsgutachten zeitnah beauftragt werden solle.

Herr Multhauf

- . berichtet über das Ergebnis der internen Abstimmung der Universität über die Namensbeibehaltung von Ernst Moritz Arndt.
- . geht diesbezüglich auf den Beschluss B590-21/17 „Sonderausstellung zu Ernst Moritz Arndt im Pommerschen Landesmuseum“ ein und kritisiert, dass laut Beschlusskontrolle das Pommersche Landesmuseum keinen Handlungsbedarf sehe.

Frau Socher

- . weist ausdrücklich darauf hin, dass es sich bei dieser Kritik nicht um eine Frage zur Beschlusskontrolle handele und entzieht Herrn Multhauf, nach mehrfachen Aufforderungen diese Ausführungen zu unterlassen, das Wort.

Herr Dr. Meyer

- . beantragt eine Unterbrechung der Sitzung.

Da es keinen Widerspruch gibt, wird die Sitzung unterbrochen.

PAUSE

20:07 Uhr – 20:19 Uhr

TOP 7. Widerspruch des Oberbürgermeisters gegen den Beschluss B642-23/17 "Zuschuss für Kleingartenverband"

TOP 7.1. Zuschuss für Kleingartenverband

06/1278 Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.
B646-24/17

Herr Multhauf

. fragt, wie viel Geld derzeit im Sachkonto der Schlüsselzuweisungen vom Land und wie viel nach Abzug des Zuschusses für den Kleingartenverband noch enthalten sei.

Herr Maas

. erklärt, dass in diesem Sachkonto die Zuschüsse aus dem allgemeinen Finanzausgleichsgesetz Mecklenburg-Vorpommern (FAG M-V) enthalten seien. Hierbei handele es sich um die Mittel aus 2018. Demzufolge werde hier ein Vorgriff auf den nächsten Haushalt getätigt.

Herr Multhauf

. geht davon aus, dass die Schlüsselzuweisungen für 2018 bereits verplant seien. Falls nicht alle Mittel aus diesem Konto verplant seien, möchte er wissen, wie viel außer den 6 TEUR noch vorhanden sei.

Herr Maas

. antwortet, dass in 2018 eine Plansumme in Höhe von 14,3 Mio. EUR eingestellt worden sei. Die Entwicklung des Landes sei positiv verlaufen, sodass höhere Schlüsselzuweisungen gewährt werden (ca. 16 Mio. EUR).
. weist darauf hin, dass die nicht vorher geplanten Mittel jedoch ebenfalls bereits verplant seien. Außerdem würden andere Bereiche, bei denen man von einem höheren Zuwachs ausgegangen sei, sich nicht so günstig entwickeln.

Frau Socher lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

„Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt, dem Kreisverband der Gartenfreunde e.V. einen Zuschuss i. H. v. 6.000,00 € zu gewähren.“

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
27	7	2

TOP 8. Beratung der Beschlussvorlagen**TOP 8.1. Besetzungen****TOP 8.1.1. Umbesetzung Ortsteilvertretung Schönwalde I/Südstadt**

06/1272 Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.
B647-24/17

Herr Multhauf

. hält es für wichtig, dass die Fraktionen die Sitze, die sie in den Ortsteilvertretungen zur Verfügung hätten, auch wirklich besetzen.
. kritisiert, dass es sich hierbei lediglich um eine Abberufung handele und keine neue Person benannt werde.
. appelliert an alle Fraktionen, ihre freien Sitze in der Ortsteilvertretung zu besetzen.

Frau Wolter

. hat Verständnis für die Vertreterin ihrer Fraktion, dass diese nicht mehr an den Sitzungen der Ortsteilvertretung Schönwalde I/Südstadt teilnehmen möchte.

Frau Socher lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

„Florian Meier wird aus der Ortsteilvertretung Schönwalde I/Südstadt abberufen.“

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
mehrheitlich	0	3

TOP 8.1.2. Besetzung Stellvertreter Ausschuss für Bau, Umwelt und Infrastruktur

06/1275 Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.
B648-24/17 Es gibt keinen Diskussionsbedarf.

Frau Socher lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

„Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt:

Frau **Lena Haeberlein** wird anstelle von Herrn Thimo Karwinkel von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN-Forum 17.4. als Stellvertreterin in den Ausschuss für Bau, Umwelt und Infrastruktur entsandt.“

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
einstimmig	0	0

TOP 8.2. Rückholung HA-Beschluss „Bauvoranfrage – Neubau einer Hotelanlage im A 9 – Quartier am Hansering“ - HA-263/17 – vom 27.11.2017

06/1281

von der Tagesordnung der Bürgerschaft gestrichen (siehe TOP 2, Seite 4)

TOP 8.3. Annahme einer Spende für die Kindertagesstätte „Rudolf Petershagen“

06/1219 Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.
B649-24/17 Es gibt keinen Diskussionsbedarf.

Frau Socher lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

„Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt die Annahme einer Spende in Höhe von 4.000,00 € vom „Förderverein Pommersche Heimat e.V.“ für die Kindertagesstätte Rudolf Petershagen.“

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
einstimmig	0	0

TOP 8.4. Platzkosten / Elternbeiträge 2018 - Abschluss von Vereinbarungen über Leistungs-, Entgelt- und Qualitätsentwicklung gem. § 16 KiföG M-V

06/1225

B650-24/17 Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.
Es gibt keinen Diskussionsbedarf.

Frau Socher lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

„Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt, den Eigenbetrieb „Hanse-Kinder“ zu bevollmächtigen, die mit dem Landkreis Vorpommern-Greifswald und der Universitäts- und Hansestadt Greifswald verhandelten Vereinbarungen über Leistungs-, Entgelt- und Qualitätsentwicklung gem. § 16 KiföG M-V i.V.m. §§ 78 b bis 78 e SGB VIII abzuschließen, welche die in der Anlage 1 dargestellten Platzkosten in den kommunalen Kindertageseinrichtungen zur Folge haben.“

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
einstimmig	0	0

TOP 8.5. Jahresabschluss 2016 des Eigenbetriebes Seesportzentrum Greif

06/1223 Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.
B651-24/17

Herr Lange

- . gibt einen kurzen Rückblick auf die Entwicklungen in den letzten Jahren.
- . bedankt sich bei der Crew des Schiffes und den Mitarbeitern des Seesportzentrums.
- . bittet um Zustimmung zur Vorlage.

Frau Socher lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

„Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt:

1. Der Jahresabschluss zum 31.12.2016 des Eigenbetriebes Seesportzentrum Greif, bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Anhang und Lagebericht wird mit einer Bilanzsumme von 869.572,97 EUR einem Eigenkapital von 603.546,46 EUR und einem Jahresgewinn von 43.359,15 EUR festgestellt.

Der Jahresgewinn wird auf neue Rechnung vorgetragen.

2. Dem Betriebsleiter wird für das Geschäftsjahr 2016 Entlastung erteilt.

3. Die Bürgerschaft nimmt die Beauftragung der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Fidelis Revision GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Waren als Abschlussprüfer für das Wirtschaftsjahr 2017 zur Kenntnis.“

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
einstimmig	0	0

TOP 8.6. Wirtschaftsplan 2018 des Eigenbetriebes Seesportzentrum Greif

06/1224 Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.
B652-24/17

Herr Jochens

- . bemängelt, dass das Schiff an der Südmole nicht seemännisch korrekt befestigt werden könne, da die nötigen Poller fehlen.
- . befürwortet, dass beim Sperrwerk auch bei Normalwasser eine Tauchtiefe von 3,70 m bestehe. Wenn das Schiff eine verletzte Person transportiere und an der Südmole anlegen wolle, gestalte sich dies schwierig.
- Bei Tagesfahrten sollten außerdem mehr Sitzmöglichkeiten geschaffen werden.
- . spricht sich dafür aus, die Greif attraktiver für Greifswalder Bürger zu machen.
- . bittet um Zustimmung zur Vorlage.

Herr Krüger

- . spricht ein Lob für den Vorsitzenden des Werksausschusses und seinen Stellvertreter aus.
- . bedankt sich bei Herrn Dr. Pesch für seine engagierte Arbeit.

Herr Spring

- . fragt, ob es abschließende Meinung der Verwaltung sei, dass an den Spüldüsen keine Veränderungen mehr vorgenommen werden.
- Wenn deren Position verändert werden würde, würde sich die Tauchtiefe erhöhen.

Der Oberbürgermeister

- . sagt, dass es zu den Spüldüsen immer neue Entwicklungen und Erkenntnisse gebe. Es gebe regelmäßige Gespräche mit dem Staatlichen Amt für Landwirtschaft und Umwelt (STALU).
- . werde beim nächsten Treffen mit dem STALU den derzeitigen Stand erfragen.

Frau Socher lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

„Die Bürgerschaft beschließt den anliegenden Wirtschaftsplan 2018 des Eigenbetriebes Seeportzentrum Greif (SZG) nach Eigenbetriebsverordnung M-V.“

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
einstimmig	0	0

Herr von Malottki und Herr Spring sind zum Zeitpunkt der Abstimmung nicht im Sitzungssaal.

TOP 8.7. Wirtschaftsplan 2018 des Abwasserwerkes Greifswald – Eigenbetrieb der Universitäts- und Hansestadt Greifswald

06/1251

B653-24/17 Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Herr Liedtke

- . bedankt sich für die gute Zusammenarbeit mit dem neuen Leitungsteam.
- . bittet um Zustimmung zur Vorlage.

Frau Socher lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

1. „Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt den anliegenden Wirtschaftsplan 2018 des Abwasserwerkes nach Eigenbetriebsverordnung M-V, bestehend aus:

- Vorbericht
- Zusammenstellung
- Erfolgsplan Abwasserwerk
- Bereichserfolgspläne 1-3
- Finanzplan Abwasserwerk
- Bereichsfinanzpläne 1-3
- Leistungsbeziehungen zwischen den Bereichen
- Investitionsübersichten
- Stellenübersicht
- Verpflichtungsermächtigungen

2. Die Bürgerschaft beschließt folgende Deckungsvermerke im Finanzplan 2018: Ausgabenansätze für Investitionen für das Schmutz- und Niederschlagswasserleitungsnetz innerhalb der Position Neu/Erweiterung sind gegenseitig deckungsfähig. Dies betrifft ebenfalls die Position Ersatz.“

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
einstimmig	0	0

Herr Jaap übernimmt die Sitzungsleitung.

TOP 8.8. 7. Änderungssatzung zur Benutzungs- und Gebührensatzung Musikschule

06/1049.1 Der 1. Vizepräsident der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

B654-24/17

Herr Multhauf

. kritisiert eine Erhöhung der Musikschulgebühren.

Herr von Malottki

. bedankt sich, auch im Namen des Ausschusses für Bildung, Universität und Wissenschaft, dass der Oberbürgermeister und die Mitarbeiter der Stadtverwaltung dem Wunsch nach einer Neufassung der Gebührensatzung nachgekommen seien. Dem Ausschuss für Bildung, Universität und Wissenschaft sei besonders wichtig gewesen, die Belastungen für Schüler/innen möglichst gering zu halten. Daher hätten sie sich für Variante II entschieden.

Der Kreis finanziere nur die Musikschulen aus Ostvorpommern und Uecker-Randow. Demzufolge gebe es bei einer Beteiligung des Landkreises die Möglichkeit, auf eine Gebührenerhöhung zu verzichten.

. bittet dennoch um Zustimmung.

Herr Kramer

. zitiert aus dem Leitbild der Universitäts- und Hansestadt Greifswald.

. findet es schwierig, diese Vorlage in Einklang mit dem Leitbild der Universitäts- und Hansestadt Greifswald zu bringen. Von daher könne er beiden Varianten nicht zustimmen.

. kritisiert, dass durch die Bürgerschaft vielerlei Zuschüsse gewährt würden, jedoch nicht für die Kultur.

Herr Burmeister

. erinnert sich, dass die Musikschule an den Kreis hätte abgegeben werden können.

Herr von Malottki

. antwortet, dass die Frage der Trägerschaft nicht entscheidend sei. Der Landkreis sollte nur alle Kinder in seinem Gebiet gleich behandeln.

Herr Burmeister

. sagt, dass die Entscheidung der Trägerschaft gut überlegt worden sei. Und mit Treffen dieser Entscheidung sei klar gewesen, wer die Kosten zu tragen habe.

Herr Madjarov

. stellt klar, dass die Gebührenveränderungen nicht willkürlich erfolgen würden. Man versuche, die Gebühren an rationalen Kriterien festzulegen.

. spricht sich ebenfalls für Variante II aus.

Herr Multhauf

. betont, dass es in der Bürgerschaft nie eine Abstimmung gegeben habe, ob die Stadt die Musikschule behalte oder nicht. Das Einzige, worüber abgestimmt worden sei, seien die Schulen gewesen.

Herr Jaap

. erklärt, dass man sich in den Fachausschüssen größtenteils für die Variante II ausgesprochen habe. Daher habe das erweiterte Präsidium entschieden, zuerst über Variante II abzustimmen.

. lässt über die Variante II der Beschlussvorlage abstimmen:

„Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt die 7. Änderungssatzung der Benutzungs- und Gebührensatzung der Musikschule der Universitäts- und Hansestadt Greifswald gemäß Variante I (Anlage 2b und Anlage 3) oder Variante II (Anlage 2c und Anlage 3).“

Ergebnis:

Ja-Stimmen mehrheitlich	Nein-Stimmen 4	Enthaltungen 2
----------------------------	-------------------	-------------------

TOP 8.9. Leistungen des Kultur- und Sozialpasses - Abschluss von weiteren Vereinbarungen zum Ausgleich von Mindereinnahmen der Leistungserbringer

06/1254.1
B655-24/17

Der 1. Vizepräsident der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Frau Dr. Schwenke

. spricht sich für die Beschlussvorlage aus.
Die Mindereinnahmen sollen durch den KUS ausgeglichen werden.

Herr Dr. Kerath

. bringt zu Ziffer 3 einen Änderungsantrag ein:

„Die Definition des „Leistungsumfang“ in Ziffer 3 wird durch folgende Formulierung ersetzt:

„Ermäßigung der Kleingartenpacht bei Abschluss eines neuen Genralpachtvertrages zwischen der Universitäts- und Hansestadt Greifswald und dem Kreisverband der Gartenfreunde um 25 %.“ “

Herr Hochschild

. spricht sich gegen den Änderungsantrag aus.
. fragt sich, wer diese Forderung aufarbeiten und kontrollieren solle.
Die CDU-Fraktion könne diesem Änderungsantrag nicht zustimmen.

Herr Multhauf

. sagt, dass die Kleingärtner diesen Änderungsantrag ablehnen.

Herr Dr. Kerath

. fasst zusammen, dass es Ziel der SPD-Fraktion sei, die Kleingartenpacht vollständig zu erfassen und nicht nur – wie in der Vorlage der Verwaltung vorgesehen – den 0,08 EUR übersteigenden Betrag.

Herr Jaap lässt über den Änderungsantrag der SPD-Fraktion abstimmen:

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
23	13	5

Herr Jaap lässt über die geänderte Beschlussvorlage abstimmen:

„Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beauftragt die Verwaltung mit der Verhandlung von weiteren Verträgen zur Gewährung von städtischen Zuschüssen nach § 3 Satz 1 der Satzung für den Kultur- und Sozialpass der Universitäts- und Hansestadt Greifswald. Vertragliche Zielstellung ist der Ausgleich von Mindereinnahmen der Leistungserbringer für nachfolgende Leistungsumfänge:

Nr.	Leistungserbringer	Leistungsumfang
1	Kunstwerkstätten Jugendkunstschule Greifswald	Ermäßigung von 25 % auf jeweilige Kursgebühr
2	Musikfabrik Greifswald Schule für Populärmusik e.V.	Ermäßigung für Einzelunterricht (30 min) um je 24 € (aktuell: 51 € statt 75 €)
3	Mitgliedsvereine des Kreisverbandes der Gartenfreunde Greifswald e.V.	Ermäßigung der Kleingartenpacht bei Abschluss eines neuen Genralpachtvertrages zwischen der Universitäts- und Hansestadt Greifswald und dem Kreisverband der Gartenfreunde um 25 %.

Die Verträge mit den Leistungserbringern nach Nr.1 und 2 sollen einen Ausgleich von Mindereinnahmen mit Rückwirkung ab dem 01.01.2017 vorsehen.

Den überplanmäßigen Ausgaben, für die Nr.1-3, in der HH-Stelle „Zuschuss KUS“ (ca. 5 T€ für 2017 und ca. 8 T€ für 2018) wird zugestimmt. Die vertragliche Gestaltung soll den Ausgleich der Mindereinnahmen unter den Vorbehalt der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel stellen, da es sich um eine freiwillige Aufgabe handelt.“

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
31	7	3

TOP 8.10. 24. Änderung des Flächennutzungsplans der Universitäts- und Hansestadt Greifswald, Feststellungsbeschluss

06/1217 (Bereich des Bebauungsplans Nr. 109 – Fachmarktzentrum Anklamer Landstraße -)
B656-24/17

Der 1. Vizepräsident der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Herr Multhauf

. spricht sich gegen den Bau eines Fachmarktzentums aus. Neuenkirchen werde vor den Kopf gestoßen und es werde eine zusätzliche Verkaufsfläche geschaffen, die niemand benötige.

Herr Jaap lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

„Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald fasst den Feststellungsbeschluss zur 24. Änderung des Flächennutzungsplans der Universitäts- und Hansestadt Greifswald wie folgt:

1. Die während der öffentlichen Auslegung des Entwurfs der 24. Änderung des Flächennutzungsplans vorgebrachten Anregungen der Öffentlichkeit sowie die Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange hat die Bürgerschaft geprüft und beschließt, wie im Abwägungsprotokoll der Anlage 1 aufgeführt. Der Oberbürgermeister wird die Öffentlichkeit sowie die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, die Anregungen vorgebracht haben, von diesem Ergebnis unter Angabe der Gründe in Kenntnis setzen.
2. Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt die 24. Änderung des Flächennutzungsplans der Universitäts- und Hansestadt Greifswald (Anlage 2).
3. Die Begründung einschließlich Umweltbericht zur 24. Änderung des Flächennutzungsplans der Universitäts- und Hansestadt Greifswald (Anlage 3) wird gebilligt.“

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
28	9	3

TOP 8.11. 13. Änderungssatzung zur Straßenreinigungsgebührensatzung B1029-51/99 vom 09.03.1999 für die Jahre 2018 bis 2020 (Straßenreinigungsgebührensatzung 2018 bis 2020)

06/1218
B657-24/17

Der 1. Vizepräsident der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Es gibt keinen Diskussionsbedarf.

Herr Jaap lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

„Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt die 13. Änderungssatzung zur Straßenreinigungsgebührensatzung B 1029-51/99 vom 09.03.1999 für die Jahre 2018 bis 2020 (Straßenreinigungsgebührensatzung 2018 bis 2020).“

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
einstimmig	0	0

TOP 8.12. Förderung des Schönwalder Begegnungszentrum „Schwalbe“

06/1248.1 Der 1. Vizepräsident der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.
B658-24/17

Herr von Malotki

. bringt die Beschlussvorlage im Namen der SPD-Fraktion und der Ortsteilvertretung Schönwalde II/Groß Schönwalde ein.

Frau Dr. Schwenke

. sagt, dass das Begegnungszentrum sehr gut angenommen werde, aber dadurch dementsprechend viel Arbeit anfalle. Demzufolge arbeite die Kollegin deutlich mehr als 20 Arbeitsstunden. Daher sei eine Stundenerhöhung völlig gerechtfertigt und auch die Vertragsdauer sollte verlängert werden. Durch einen ständigen Wechsel einer solch wichtigen Person könne kein Vertrauen aufgebaut werden.

Herr Dr. Meyer

. fragt, ob der Oberbürgermeister aufgrund von Haushaltsvorgriffen diesen Beschluss im Nachhinein beanstanden müsse.

Der Oberbürgermeister

. antwortet, dass er diesen Beschluss nicht beanstanden müsse, da der 3-Jahres-Vertrag jetzt noch nicht abgeschlossen werde. Sollte dieser Beschluss eine Mehrheit finden, würden die Haushaltsmittel im nächsten Haushalt eingestellt werden und die Bürgerschaft entscheide darüber mit dem nächsten Haushalt.

Herr Spring

. hinterfragt die Deckungsquelle.

Der Oberbürgermeister

. antwortet, dass diese Summe in diesem Sachkonto verschmerzbar sei.

Herr Jaap lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

1. *„Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beauftragt den Oberbürgermeister mit dem ISSAV e.V. eine Leistungsvereinbarung für die Hauskoordination in der Schwalbe auf der Basis von 30 Wochenstunden für 2019 und folgende Jahre zu vereinbaren.*
2. *Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beauftragt den Oberbürgermeister ab 2019 eine Leistungsvereinbarung für den Zeitraum von 3 Jahren abzuschließen.*
3. *Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt die Einführung eines Sachkostenbudgets für die Hauskoordination in der Schwalbe in Höhe von 2.500,00 Euro jährlich.“*

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
26	12	2

TOP 8.13. Parkplätze in der Innenstadt

06/1276 Der 1. Vizepräsident der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.
B659-24/17

Herr Hochschild

. bringt die Beschlussvorlage ein.

Frau Dr. Wölk

. bringt den Änderungsantrag ein:

„Vor dem letzten Satz wird eingefügt:

„Die lt. Rahmenplanung mögliche Bebauung des Parkplatzes A 8 an der Roßmühlenstraße wird erst begonnen, wenn

1. *die mit der „Fortschreibung Parkraumkonzept Innenstadt“ (Beschluss Nr. B259-12/10) und dem „Städtebaulichen Rahmenplan Innenstadt/ Fleischervorstadt – Neufassung 2016“ (Abschnitt 6.7, Seite 123 ff.) aufgeführten Maßnahmen zum Bewohnerparken in der Innenstadt vollständig umgesetzt und durch die Bewohner nutzbar sind und*
2. *der mit einer möglichen Bebauung des Parkplatzes A 8 einhergehende Wegfall der dortigen Bewohnerparkplätze durch eine entsprechende Kompensationsmaßnahme ausgeglichen wurde. In diesem Zusammenhang soll geprüft werden, ob mit dem Eigentümer/ Nutzer des Geländes „An*

der Bleiche' Verhandlungen über eine Verlagerung des Betriebsgeländes ‚An der Bleiche‘ an einen anderen Standort aufgenommen werden können.“

Herr Multhauf

. beantragt, dass der Punkt „Ausweisung des Parkplatzes A 8 als Bewohnerparkplatz (ca. + 30 Stellplätze)“ von der CDU-Fraktion zurückgezogen werde.

Die CDU-Fraktion übernimmt diesen Antrag nicht.

Herr Spring

. weist darauf hin, dass zu den wegfallenden Stellflächen, Parkplätze für Mitarbeiter und Hotelgäste geschaffen werden müssen.

Herr Dr. Bittner

. sagt, dass im Ausschuss für Bauwesen, Umwelt, Infrastruktur und öffentliche Ordnung bereits darüber berichtet worden sei, wie diese Parkplätze zu kompensieren seien. Damit sei diese Vorlage obsolet.

. beantragt über die Punkte einzeln abzustimmen.

Herr Kruse

. stellt klar, dass diese Vorlage dazu diene, explizit festzuschreiben, dass bevor mit dem Hotelneubau begonnen werde, die Parkplätze vorhanden seien.

Frau von Busse

. macht darauf aufmerksam, dass die genannte Beschlussnummer nicht die Fortschreibung des Parkraumkonzeptes Innenstadt enthalte.

Herr Jaap lässt über den Änderungsantrag abstimmen:

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
22	13	3

Der Antrag auf Einzelabstimmung wird zurückgenommen.

Herr Jaap lässt über die geänderte Beschlussvorlage abstimmen:

„Die Bürgerschaft regt beim Oberbürgermeister an, die Maßnahmen zur Schaffung von Parkplätzen für Anwohner in der Innenstadt, die in der Vorlage „Bauvoranfrage - Neubau einer Hotelanlage im A 9 – Quartier am Hansering 06/1111.2“ benannt werden, bis zum Baubeginn des Hotels umzusetzen. Dazu zählen:

- *die Erweiterung des Parkplatzes Museumshafen Nord (ca. + 60 Stellplätze)*
- *Abbau der Parkscheinautomaten im Bewohnerparkbereich Nr. 1 (ca. + 30 Stellplätze)*
- *Ausweisung des Parkplatzes A 8 als Bewohnerparkplatz (ca. + 30 Stellplätze)*

Bis zum Baubeginn müssen mindestens die 75 Anwohnerstellplätze, die durch den Hotelbau wegfallen, neu- bzw. ersatzbeschaffen sein.

Die lt. Rahmenplanung mögliche Bebauung des Parkplatzes A 8 an der Roßmühlenstraße wird erst begonnen, wenn

1. *die mit der „Fortschreibung Parkraumkonzept Innenstadt“ (Beschluss Nr. B259-12/10) und dem „Städtebaulichen Rahmenplan Innenstadt/ Fleischervorstadt – Neufassung 2016“ (Abschnitt 6.7, Seite 123 ff.) aufgeführten Maßnahmen zum Bewohnerparken in der Innenstadt vollständig umgesetzt und durch die Bewohner nutzbar sind und*
2. *der mit einer möglichen Bebauung des Parkplatzes A 8 einhergehende Wegfall der dortigen Bewohnerparkplätze durch eine entsprechende Kompensationsmaßnahme ausgeglichen wurde. In diesem Zusammenhang soll geprüft werden, ob mit dem Eigentümer/ Nutzer des Geländes ‚An der Bleiche‘ Verhandlungen über eine Verlagerung des Betriebsgeländes ‚An der Bleiche‘ an einen anderen Standort aufgenommen werden können.*

Die erforderlichen Mittel sind von der Verwaltung in den nächsten Haushalt einzustellen.“

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
mehrheitlich	2	2

TOP 9. Mitteilungen des Oberbürgermeisters über Beschlüsse des Hauptausschusses und wichtige Angelegenheiten der Stadt

Der Oberbürgermeister macht folgende Mitteilungen:

- OTV-Budget
Im Rahmen des Bürgerhaushaltes sei die Einführung eines OTV-Budgets festgelegt worden. Ebenfalls sollte es im nächsten Jahr einen Tag der Entscheidung geben. Hierbei sollten Großprojekte gefördert werden. An diesem Konzept solle auch weiterhin festgehalten werden. Jedoch müsse dieses Vorhaben um ein Jahr verschoben werden, da sich das OTV-Budget anders entwickelt hätte, als gedacht. Dieses Verfahren solle sich noch etwas mehr einspielen, bis der nächste Baustein gelegt werde.
- Kita-Entlastungen
Da es in der Ostsee-Zeitung einige verwirrende Aussagen zu diesem Thema gegeben habe, werde Herr Lerm nun noch einmal den Standpunkt der Verwaltung verdeutlichen.

Herr Lerm

. berichtet, dass es verschiedene Auslegungen gegeben habe, wie der Beschluss zur Deckelung der Krippenbeiträge auf 300 EUR umzusetzen sei.
. habe sich mit dem Oberbürgermeister darauf verständigt, dass der Beschluss so zu sehen sei, dass niemand mehr als 200 EUR zahlen solle. Das bedeute, dass die 50 EUR, die ab dem 01.01.2018 vom Land kommen, nicht noch zusätzlich abgezogen werden. Allerdings gebe es noch keine Information darüber, wie die 50 EUR Entlastung umzusetzen sei. Da es nur noch drei Wochen bis zum Jahreswechsel seien, gehe er davon aus, dass dies auch nicht pünktlich zum 01.01.2018 geleistet werden könne. Demnach werde es sich wahrscheinlich erneut um eine rückwirkende Leistung handeln.

Herr Krüger

. fragt, ob es keine klaren Handlungsrichtlinien seitens des Landes oder des Kreises gebe.

Herr Lerm

. sagt, dass er es so verstanden habe, dass der Landeshaushalt, in dem diese Förderung enthalten sei, erst in den nächsten Tagen verabschiedet werde. Danach würden die ausführenden Organe in Kenntnis gesetzt.

Herr Spring

. möchte wissen, ob das Geld ausreichen werde.

Der Oberbürgermeister

. antwortet, dass eine genaue Antwort nachgeliefert werde. Nach einer vorläufigen Schätzung sollte es gerade so ausreichen.

Herr von Malottki

. teilt mit, dass 2018 der Großteil des Geldes im Kita-Budget allen Kindertagesstätten zur Verfügung gestellt werde.
Hiermit würden die Eltern entlastet und die Kindertagesstätten qualitativ gestärkt werden.

TOP 10. Vorschläge, Anregungen und Fragen der Mitglieder der Bürgerschaft

Frau Görs

. geht auf den Nahverkehrsbeirat ein, der das letzte Mal im Mai getagt habe.

Es gebe immer noch kein Protokoll von dieser Sitzung.

Außerdem sollte er eigentlich in dieser Woche tagen, jedoch habe sie noch keine Einladung erhalten.

. möchte wissen,

- ob der Nahverkehrsbeirat nicht mehr existiere.
- wann das Protokoll fertiggestellt werde.
- ob in diesem Jahr noch mit einer Sitzung zu rechnen sei.

Herr Wilde

. sagt, dass der Nahverkehrsbeirat nach wie vor tätig sei. Die personelle Situation im Stadtbauamt habe sich vor kurzem erst gelöst und die Verkehrsplanerstelle sei besetzt worden. Daher sei das Protokoll noch nicht fertiggestellt worden.

Ursprünglich sei für diese Woche eine Sitzung geplant gewesen, aber aufgrund einer anderen Priorisierung musste die Sitzung verschoben werden.

. wird in Kürze einen neuen Termin festlegen und dann werde voraussichtlich zu Beginn des nächsten Jahres die nächste Sitzung stattfinden.

Herr Al Najjar

. regt an, mehrere öffentliche Sitzplätze in der Stadt, besonders für ältere Menschen, aufzustellen und bittet die Verwaltung um Prüfung.

TOP 11. Mitteilungen der Präsidentin

keine

TOP 12. Schluss der Sitzung

Der 1. Vizepräsident der Bürgerschaft beendet den öffentlichen Teil der Sitzung der Bürgerschaft um 21:44 Uhr.

für das Protokoll

Birgit Socher
Präsidentin
bis einschließlich TOP 8.7

Sarah Wiesenberg
Sachbearbeiterin
Sitzungsdienst
Bürgerschaft

Heiko Jaap
1. Vizepräsident
ab TOP 8.8

Anlagen:

- zu TOP 5 – Rede und PowerPoint-Präsentation von Herrn Petschaelis
- zu TOP 5 – PowerPoint-Präsentation von Herrn Dr. Fassbinder
- zu TOP 9 – Informationen über Hauptausschussbeschlüsse